



Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt

Jahresbericht 2016

Inhalt

Einleitende Bemerkungen	3
Organigramm	4
Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt	5
Kriminalpolizei	6
Allgemeine Abteilung	10
Abteilung Wirtschaftsdelikte	12
Jugendanwaltschaft	14
Strafbefehlsabteilung	16
Stab und Führungsunterstützung	18
Allgemeine Statistiken	24

Einleitende Bemerkungen

Nebst der Kerntätigkeit der Staatsanwaltschaft, die hohe Qualität der Strafverfolgung aufrechtzuerhalten und die Verfahrensdauer mit den gegebenen Mitteln tief zu halten, haben die Vorbereitungen zur Einführung der neuen Geschäfts- und Dokumentenverwaltung das Jahr 2016 massgeblich geprägt. Einerseits sind Rückstände – d. h. Verfahren, deren Einleitung mehr als sechs Monate zurückliegt – leicht (+6%) angestiegen. Andererseits wurden gleichzeitig deutlich mehr Anklagen, Strafbefehle und Einstellungs- bzw. Nichtanhandnahmeverfügungen erlassen (+11%) als im Vorjahr.

Mit der Einführung des Systems JURIS 5 im April 2017 macht die Staatsanwaltschaft einen weiteren notwendigen – und sehr grossen – Schritt in der zunehmend von der Digitalisierung geprägten Strafverfolgung. Die neuen Instrumente und damit einhergehend die neuen Abläufe sind Herausforderung und Chance zugleich. Dabei handelt es sich nicht um die Ablösung eines bestehenden Systems; mit der Einführung einer neuen Geschäfts- und Dokumentenverwaltung wird die Strafverfolgungskette in Basel weiter harmonisiert. Die Fähigkeit zur Zusammenarbeit zwischen den Behörden wächst und verbessert sich. Gewichtig sind die Reduktion von Medienbrüchen und damit die Verminderung der ressourcenintensiven Mehrfacheingaben von Daten.

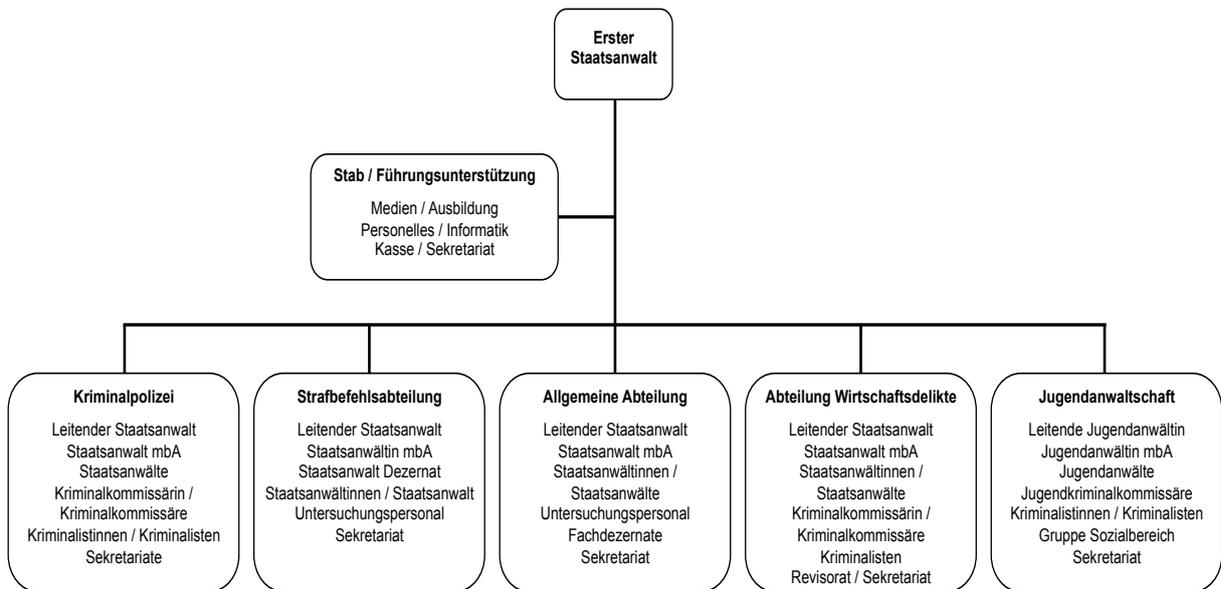
Im Jahr 2016 hat die Staatsanwaltschaft erstmals eine Mitarbeiterumfrage durchgeführt, mit der die Einschätzungen zur Identifikation mit dem Arbeitgeber, zum Führungsverhalten aller Kaderstufen, zur Arbeitsbelastung und zur Zusammenarbeit innerhalb der Staatsanwaltschaft sowie zur Information und Kommunikation eingeholt wurden. Beachtenswert war die hohe Rücklaufquote der Fragebogen. Sie beträgt über 70%, was als sehr positiv bewertet werden kann. Die Umfrage zeigt auf, was als bewährt betrachtet wird, wo der Schuh drückt und Verbesserungen angesagt sind. Mitarbeiterbefragungen haben nur dann einen Wert, wenn Anliegen von grossem Interesse von der Leitung ernst genommen und mögliche Vorschläge für Verbesserungen präsentiert werden. Dementsprechend wurden erste Massnahmen bereits umgesetzt und weitere sind geplant oder eingeleitet.



Alberto Fabbri

lic. iur. Alberto Fabbri
Erster Staatsanwalt des Kantons Basel-Stadt

Organigramm



Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Die Staatsanwaltschaft führt Strafverfahren bei Verbrechen, Vergehen und Übertretungen. Sie erhebt und vertritt die Anklage, erlässt Strafbefehle und weitere Abschlussverfügungen wie Sistierung, Einstellung, Abtretung oder Nichtanhandnahme. Zudem leistet sie internationale sowie nationale Rechtshilfe in Strafsachen.

Anzeigen werden von der **Kriminalpolizei** entgegengenommen. Sie leitet die Strafverfolgung ein und ergreift erste Massnahmen, wie etwa die Feststellung des Tatbestandes, die Sicherung von Beweismitteln oder die Fahndung nach flüchtigen Verdächtigen. Ferner schliesst sie auch Vorverfahren mittels Nichtanhandnahme, Einstellung oder Strafbefehl ab.

Die **Allgemeine Abteilung** der Staatsanwaltschaft ergänzt den Ablauf einer Strafuntersuchung durch weitere Untersuchungen und Einvernahmen oder holt je nach Situation die notwendigen Gutachten ein. Sie schliesst das Verfahren durch Anklageerhebung oder Erlass eines Strafbefehls ab oder stellt es ein.

Untersuchungsverfahren zu Delikten, die sich im wirtschaftlichen Bereich abspielen, werden von der

Abteilung **Wirtschaftsdelikte** übernommen. Die Verfahren werden in der Regel von der Anzeige bis zum Abschluss bearbeitet. Der Abteilung steht auch ein Revisorat zur Verfügung.

Die Aufgabe der **Jugendanwaltschaft** liegt darin, die Verfahren gegen Unmündige zu führen und auch die Sanktionen zu vollziehen. Ausserdem befragt die Jugendanwaltschaft im Auftrag der Staatsanwaltschaft oder auswärtigen Stellen alle minderjährigen Tatzeugen, insbesondere auch Opfer von Sexual- und Gewaltdelikten.

Die **Strafbefehlsabteilung** nimmt die Aufgaben der Verfahrensleitung wahr gegenüber der Kantonalpolizei sowie verschiedenen Verwaltungsbehörden im Kanton Basel-Stadt und schliesst deren Ermittlungen mittels Erlass eines Strafbefehls, Anklageerhebung oder Einstellung des Verfahrens ab.

Der **Stab** und zugleich die **Führungsunterstützung** des Ersten Staatsanwalts ist verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit, die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden, das Personal- und Rechnungswesen, die Logistik sowie den gesamten Informatik-Support, inklusive IT-Ermittlung.

Kriminalpolizei

Mit der Erledigung von Verfahren innert 48 Stunden mit einem Haftstrafbefehl wird vor allem bei Kriminaltouristen das Zeichen gesetzt, dass Delinquenz in Basel-Stadt unmittelbar Folgen hat.

Das Berichtsjahr 2016 war für die Kriminalpolizei (Kripo) wesentlich geprägt von Entwicklungen im personellen Bereich. Relevant war das pensionsbedingte Ausscheiden der beiden obersten Kader der kriminaltechnischen Abteilung. Diese Vakanzen konnten jedoch durch interne und externe Bewerbende schnell und effizient besetzt werden.

Engpass beim Ermittlungspersonal

Weniger erfreulich entwickelte sich die bereits im Vorjahr festgestellte Problematik bei der Personalrekrutierung für Detektivstellen. Wegen unvorhergesehenen Abgängen und der Schwierigkeit, zeitnah Ersatz aus der Kantonspolizei zu erhalten, waren über längere Zeiträume bis zu 11 Vakanzen zu verzeichnen. Dies entspricht rund 10% des Ermittlungspersonals. Es waren daher auch ausserkantonale Bewerbungen zu berücksichtigen, woraus sich nebst gewissen Risiken in Bezug auf die

Berufseignung und das Vorgehen bei Nichtbewährung vor allem ein zusätzlicher Ausbildungsbedarf ergab. Ausserdem waren mehrere Krankheitsausfälle zu verzeichnen, welche die Ermittlungsgruppen ebenfalls nachhaltig schwächten.

Dies zeigte sich insbesondere in Situationen, die einen besonderen Personalaufwand erforderten – so etwa im Zusammenhang mit den Ausschreitungen im Rahmen des Fussballspiels FCB gegen FCZ vom 10. April 2016 oder dem von Linksextremisten veranstalteten „Saubannerzug“ mit Angriffen gegen Polizeieinsatzkräfte und Sachen vom 24. Juni 2016. Die Verarbeitung der sich daraus ergebenden Haftverfahren sowie die Auswertung von Bildaufzeichnungen, die zur Identifizierung vieler Tatverdächtiger nötig waren, gestalteten sich sehr anspruchsvoll. Dasselbe gilt für ein Verfahren wegen Menschenhandels im Bereich der Prostitution, das zusammen mit mehreren anderen Kantonen und dem Ausland durchzuführen war, sowie für ein Verfahren wegen Zwangsheirat. Bei letzterem waren für die beiden Opfer zusammen mit den zuständigen Bundesbehörden umfassende Zeugenschutzmassnahmen umzusetzen.

„Verfahren, die sich nicht auf schwere Straftaten bezogen oder bei denen nicht Tatverdächtige in Haft waren, mussten in der Bearbeitung immer wieder zurückgestellt werden.“

Personalrelevant wirkte sich auch die Tatsache aus, dass vermehrt Verfahren gegen Personen durchgeführt werden mussten, die beweisrelevante Daten auf potenten Rechnern gespeichert hatten. Dies machte die Überprüfung von Datenbeständen im Bereich von mehreren Terabytes erforderlich. Es war daher unabdingbar, vermehrt Prioritäten zu setzen. Auch deshalb mussten Verfahren, die sich nicht auf schwere Straftaten bezogen oder bei denen nicht Tatverdächtige in Haft waren, in der Bearbeitung immer wieder zurückgestellt werden.

Kriminalitätslage

Immerhin entschärfte sich die Lage insoweit, als zu keiner Zeit des Berichtsjahres die hohen Haftbestände der Vorjahre erreicht wurden. Im Durchschnitt befanden sich für die Kripo lediglich noch 29 (Vorjahre 30, 35 und 37), Personen pro Woche in Untersuchungshaft. Allerdings stieg in einer bestimmten Woche des Berichtsjahres diese Zahl auf das Maximum von 52 Personen in Untersuchungshaft.

Die Staatsanwälte der Kripo haben im Jahr 2016 während 366 Tagen 602 (449) und damit 34% mehr

Verfahren als im Vorjahr innerhalb von 48 Stunden erledigt und den Beschuldigten vor der Entlassung einen sogenannten Haftstrafbefehl ausgehändigt. Ziel war es, die Anordnung von zusätzlicher Untersuchungshaft zu vermeiden. Dies erfolgte vor allem im Rahmen des Pikettdienstes bei festgenommenen Tätern mit unklarem Aufenthaltsstatus (und damit bestehender Fluchtgefahr) sowie bewiesener und/oder zugegebener Tat. Damit wurde und wird vor allem bei Kriminaltouristen das Zeichen gesetzt, dass Delinquenz in Basel-Stadt unmittelbar Folgen hat und die Strafe «auf dem Fuss folgt».

Die seit der Einführung der schweizerischen Strafprozessordnung im Jahr 2011 festzustellende Tendenz, dass die Erledigung von Anzeige nicht parallel mit deren Eingang verläuft, setzt sich fort. Dies hängt einerseits zwar auch mit den geschilderten personellen Problemen zusammen. Andererseits verschärfen sich aber die formellen Verfahrensschwernisse. Der damit einhergehende Zusatzaufwand steigt weiterhin an. Dies zeigt sich am Beispiel der Umsetzung der von den Gerichten zur Beweiskraftsicherung von Zeugenaussagen immer wieder geforderten Videokonfrontationen, die den

Personalaufwand in diesem Bereich mindestens verdoppelt. Die Gesamtheit der Formalitäten verzögert die Verfahrenserledigung signifikant. So waren zum Jahresende 2016 5'768 (5'855) Verfahren hängig, d.h. 23% mehr als Ende 2011 (4'676) und gar 49% mehr als Ende 2010 (3'882), obwohl die

Zahlen der Anzeigen in diesen Jahren im Vergleich zum Berichtsjahr 2016 keinesfalls niedriger waren.

Entwicklung ausgewählter Straftaten Basel-Stadt

	2012	2013	2014	2015	2016
Leib und Leben	1'483	1'364	1'382	1'506	1'410
Sexualdelikte	275	242	242	272	393
Vermögen	20'790	18'224	15'672	14'929	14'838
- Einbruch	2'048	1'607	1'348	1'358	1'339
- Raub	238	205	136	104	124
- Entreissdiebstahl	71	92	46	32	31
- Taschendiebstahl	1'471	971	920	807	613



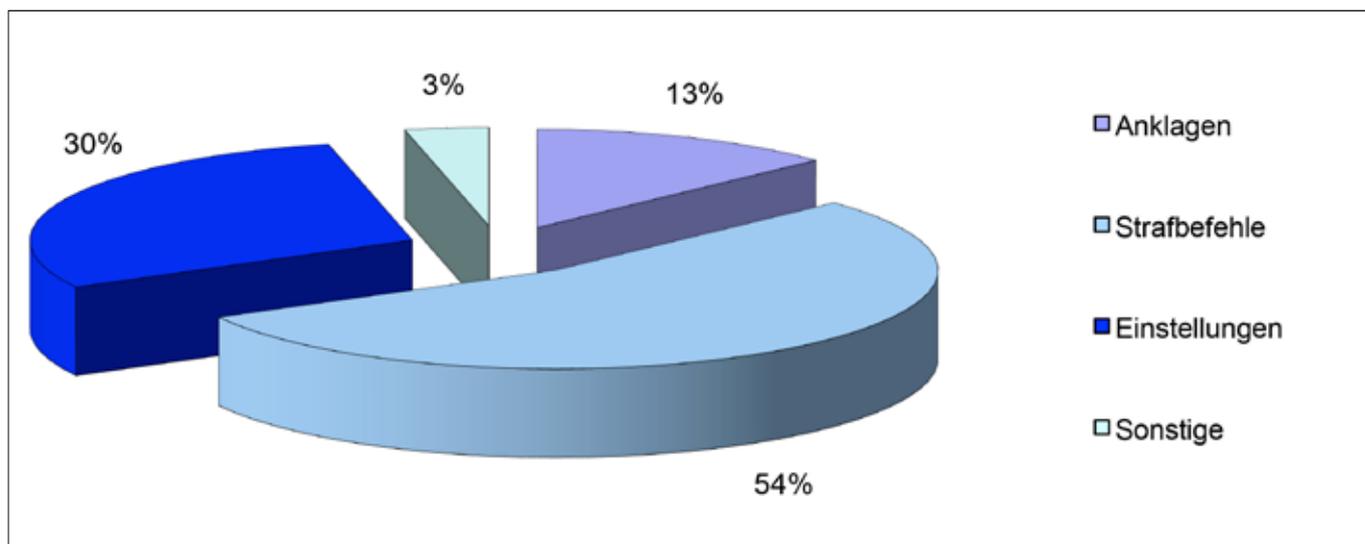
Allgemeine Abteilung

Die Reduktion der Zahl der Rückstände und die Zunahme der erledigten Verfahren im Jahr 2016 zeigen eine Trendwende an. Im Vorjahr hatte der Wegfall von 230% Juristinnen- und Juristenstellen einen gegenteiligen Effekt bewirkt.

Mit 1'872 durch die Allgemeine Abteilung erledigten Verfahren konnte gegenüber dem Vorjahr (1'725) eine Steigerung um 8.5% erreicht werden. Davon wurden rund 14% (258; Vorjahr 224) mit der Erhebung einer Anklage, 56% (1043; Vorjahr 933) mit dem Erlass eines Strafbefehls, 25% (478; Vorjahr 507) mit verfügter Einstellung, sowie 5% (93; Vorjahr 61) mit einer Nichtanhandnahmeverfügung, einer Sistierung oder einer Abtretung abgeschlossen.

Im Vergleich zu den Vorjahren ist auch eine signifikante Steigerung bei den erledigten Haftverfahren festzustellen. Mit 221 im Jahre 2016 abgeschlossenen Haftverfahren (150 mit Anklage, 71 mit Strafbefehl) wurde nicht nur gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 30% erzielt. Auch beim Fünfjahresvergleich fällt auf, dass noch nie so viele Verfahren wie im Jahre 2016 als Haftsache abgeschlossen werden mussten. Vor allem in den Sommermonaten war die Belastung durch Haftfälle überdurchschnittlich – insbesondere auch für die Assistentinnen, welche während dieser Zeit beinahe ausschließlich Haftverfahren auszufertigen hatten. Per Ende Dezember 2016 waren 607 Verfahren (612) in der Allgemeinen Abteilung hängig.

Fallerledigung 2015



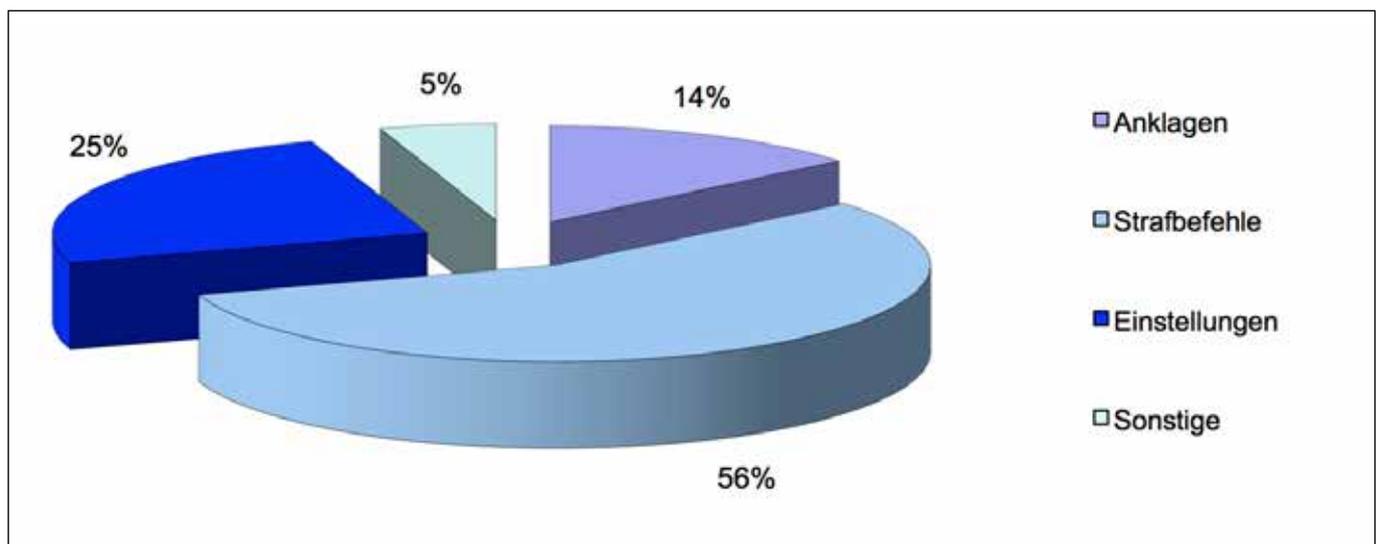
„Auch beim Fünfjahresvergleich fällt auf, dass noch nie so viele Verfahren wie im Jahre 2016 als Haftsachen abgeschlossen werden mussten.“

Die Steigerung der Erledigungszahlen widerspiegelt sich in der konstant hohen Gerichtspräsenz der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der Allgemeinen Abteilung. Im 2016 vertraten sie in 189 Fällen (208) an 217 Arbeitstagen (212) persönlich die Anklage an den kantonalen Gerichten, wobei es sich bei knapp einem Viertel dieser Verhandlungen um Berufungsverhandlungen vor dem Appellationsgericht gehandelt hat.

Staatsanwalt befördert werden, so dass sämtliche Juristinnen und Juristen als selbständige Verfahrensleiter Fälle bearbeiten können. Andererseits sind im letzten Quartal 2016 zwei vakante Stellen beim Untersuchungspersonal besetzt worden.

Die insgesamt positive Tendenz ist namentlich auch dem Umstand zu verdanken, dass im Verlauf des Jahres in der Allgemeinen Abteilung der personelle Vollbestand erreicht wurde. Einerseits konnte der akademische Mitarbeiter per Mitte Jahr zum

Fallerledigung 2016



Abteilung Wirtschaftsdelikte

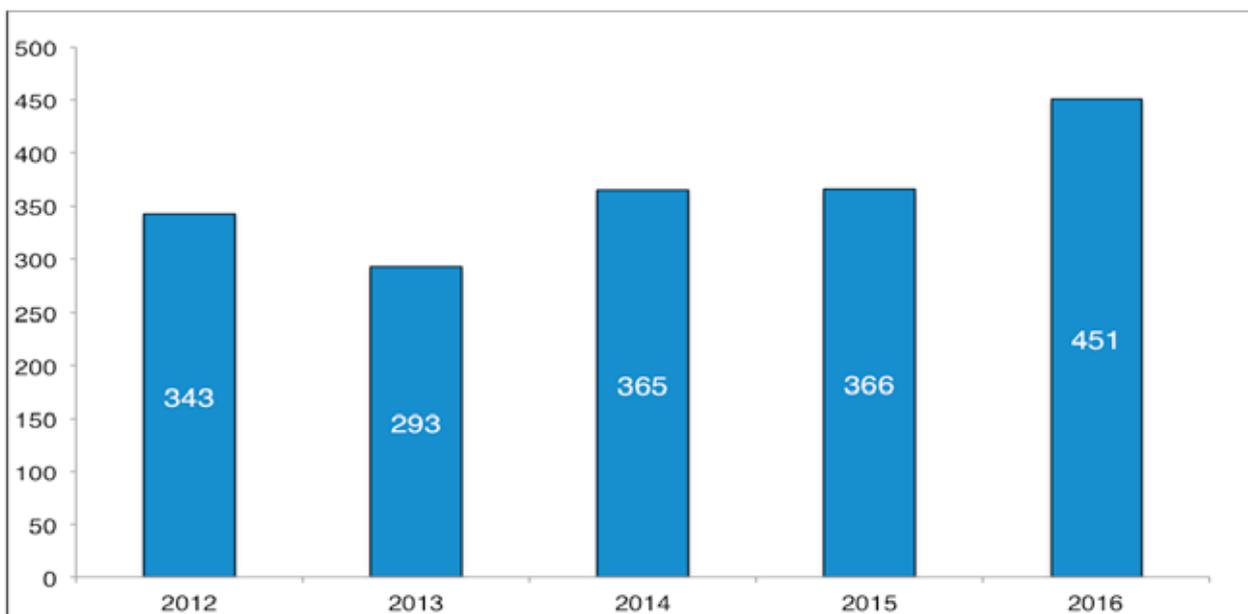
Im Jahr 2016 setzte sich der seit 2014 anhaltende Trend zu einem Anstieg der Wirtschaftsstraffälle in einem stärkeren Ausmasse als bisher fort: Nach 366 neu eröffneten Fällen im Jahre 2015 mussten im Berichtsjahr 451 Strafverfahren an die Hand genommen werden.

Erneut schlugen insbesondere die hohe Anzahl von Verfahren im Bereich der Sozialstraffälle und Anzeigen in den Bereichen Geldwäscherei und unlauterer Wettbewerb zu Buche. Aufgrund dieser Vielzahl neu eröffneter, teilweise prioritär zu behandelnder Fälle konnte der Abbau pender Fälle auch im Jahre 2016 nicht im erhofften Masse erfolgen. Die Behandlung der internationalen Rechtshilfeersu-

chen im Jahre 2016 (55 Fälle im Vergleich zu 58 Fällen im Jahre 2015) erwies sich einmal mehr aufgrund zahlreicher Tätigkeiten operativer Art (Beschlagnahmen, Hausdurchsuchungen, etc.) als sehr zeit- und personalaufwändig. Auch die Vorbereitung für sowie die Anwesenheit an Verhandlungen des Straf- und des Appellationsgerichts beanspruchten die Juristinnen und Juristen der Abteilung in wesentlichem Masse.

Im 2017 kommen neu die Fälle mit Schwerpunkt Vermögensstrafrecht der Kripo-Fachgruppe 7 hinzu, die fortan von der Abteilung Wirtschaftsdelikte übernommen und zu Ende geführt werden. Die ausserordentlich hohen Fallzahlen sowie die von

Fallzahlen Wirtschaftsdelikte



„Die Behandlung der internationalen Rechtshilfeersuchen erwies sich einmal mehr als sehr zeit- und personalaufwändig.“

Fachgruppe 7 übernommenen Aufgaben führen dazu, dass die Abteilung Wirtschaftsdelikte zwei Staatsanwaltsstellen zugewiesen erhält. Auch das Sekretariat der Abteilung Wirtschaftsdelikte erfährt eine Stärkung per Ende April 2017. Dank interner Umlagerung von Stellenprozenten kann infolge Pensionierung der bisherigen Stelleninhaberin die Funktion einer Verwaltungsassistentin von bisher 50% auf neu 90% aufgewertet werden.

Es geht nicht ohne Fortbildung

Wie bis anhin wird auf die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hohen Wert gelegt: Eine Ermittlerin wird dieses Jahr den vom Competence Center Forensik und Wirtschaftskriminalistik der Hochschule Luzern durchgeführten berufsbegleitenden Weiterbildungskurs für Polizeibeamte in Financial Investigation abschliessen, ein weiterer Ermittler diesen ab dem Frühjahr 2017 besuchen. Dazu sind einige der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der Abteilung als Fachreferenten im Rahmen von CAS-Ausbildungen (Certificate of Advanced Studies) schweizweit tätig.

Aggressive Verkaufsmethoden

In zunehmendem Umfang beschäftigen Widerhandlungen gegen das Urheberrechtsgesetz. Vor allem handelt es sich um Anzeigen des Staatsekretariats für Wirtschaft (SECO) wegen Missachtungen von Sterncheneinträgen, die durch zahlreiche Konsumenten gemeldet wurden, aber auch wegen aggressiver Verkaufsmethoden von Telefonverkaufsfirmen. Verfahren aufgrund solcher Anzeigen

gestalten sich beweistechnisch oft schwierig, da die Verkäufer oft kaum zu eruieren sind.

In Geldwäscherei-Fällen, für die Anzeigen vorlagen, ging es insbesondere um die schweizweit verbreitete Vorgehensweise einer unbekanntes Täterschaft. Unrechtmässig erhältlich gemachte Vermögenswerte wurden durch den Missbrauch von Datenverarbeitungsanlagen über ahnungslose Personen gewaschen. Diese sind jeweils der irrigen Meinung, Mitarbeiter einer tatsächlich existierenden Immobilienfirma geworden zu sein, die indes mit den Straftaten nicht in Verbindung zu bringen ist.

Eine deutliche Zunahme erfuhren Verfahren im Zusammenhang mit Schuldbetreibungs- und Konkursdelikten. In diesem Bereich treiben so genannte „Firmenbestatter“ auch im Kanton Basel-Stadt ihr Unwesen. Diese lösen Unternehmen nicht ordentlich auf, sondern sorgen dafür, dass dies von Amtes wegen und auf Staatskosten geschieht und dass Gläubiger ihre Guthaben abschreiben müssen.

Jugendanwaltschaft

Die Zahl der Festnahmen von im Ausland wohnhaften Jugendlichen lag 2016 um rund einen Drittel tiefer als im Vorjahr. Das weist auf einen Rückgang der im Stadtgebiet tätigen Kriminaltouristen hin.

Die Erledigungszahlen des Jahres 2016 bewegen sich in einem ähnlichen Rahmen wie im Vorjahr. Erledigt wurden insgesamt 869 (Vorjahr: 857) Verfahren, 253 (227) davon durch Abtretung an andere Kantone oder ins Ausland. Gegen 435 (439) Jugendliche sind Strafbefehle ergangen, wogegen in 7 Fällen (0) Einsprache erhoben wurde. Die Jugendanwältinnen und Jugendanwälte führten mit 160 (205) Kindern und Jugendlichen einzelrichterliche Verhandlungen durch. Dem Jugendgericht wurden 6 (12) Beschuldigte zur Beurteilung überwiesen. Unerledigt waren zum Jahresende 114 (100) Verfahren mit 369 (169) Anzeigen. Die hohe Zahl der noch nicht beurteilten Anzeigen ist massgeblich auf eine Serie mit zahlreichen Kellereinbrüchen eines jugendlichen Paares zurückzuführen. Der Sozialbereich leitete 57 (35) vertiefte Abklärungen zur Person ein.

Im Berichtsjahr wurden in Basel-Stadt 88 (103) Jugendliche im Rahmen eines hängigen Strafverfahrens festgenommen. Davon waren 34 (32) – d.h. etwas weniger als 40% – im Kanton Basel-Stadt wohnhaft. 17 (13) Jugendliche kamen aus anderen Kantonen, 37 (58) Festgenommene und somit 42% hatten keinen Wohnsitz in der Schweiz. Gut 11% der Festgenommenen waren weibliche Jugendli-

che. Untersuchungshaft oder eine stationäre Beobachtung wurde in 18 (19) Fällen angeordnet; bei 6 Jugendlichen verlängerte das Zwangsmassnahmengericht nach Ablauf von 7 Tagen die Haft. Bei den in Basel-Stadt wohnhaften Jugendlichen wurde in 8 (6) Fällen Untersuchungshaft oder stationäre Beobachtung angeordnet.

Die Opferbefragungsgruppe befragte im Verlaufe des Jahres 2016 insgesamt 136 (57) mögliche Opfer und Auskunftspersonen. Davon waren es in Strafverfahren wegen sexueller Belästigung/Exhibitionismus wie letztes Jahr 24, wegen sexueller Handlungen ebenfalls wie im Vorjahr 10, wegen Vergewaltigung/sexueller Nötigung 12 (6) und wegen innerfamiliärer Gewaltdelikte 9 (11). Hinzu kamen 48 (4) Befragungen, in denen sich ein Verdacht nicht bestätigte. Insgesamt wurden 41 (31) Einvernahmen mit Videoaufzeichnung durchgeführt. Die Opferbefragungsgruppe erledigte 19 Aufträge der Jugendanwaltschaft sowie 116 der anderen Abteilungen der Staatsanwaltschaft.

Im stationären Massnahmenvollzug befanden sich am Jahresende 17 (19) Personen; bei 2 (4) dieser Personen war die Unterbringung sistiert. Bei 13 (25) Personen werden ambulante Massnahmen durchgeführt und weitere 14 Personen werden begleitet. Im Verlaufe des Jahres 2016 waren insgesamt 4 (11) Personen zur Verbüsung von kurzen Freiheitsentzügen in der Jugendabteilung des Untersuchungsgefängnisses untergebracht.

„Die Erledigungszahlen des Jahres 2016 bewegen sich in einem ähnlichen Rahmen wie im Vorjahr.“

Der Nettoaufwand für Untersuchungshaft ausserhalb des Untersuchungsgefängnisses, für Beobachtungsaufenthalte in Institutionen und für den Straf- und Schutzmassnahmenvollzug lag mit 2.46 Millionen Franken rund 9% tiefer als im Vorjahr.

Wechsel im Team

Auf Ende 2016 hat sich nach über 30 Jahren Tätigkeit als Staats- und Jugendanwalt der Leiter der Jugendanwaltschaft, lic. iur. Beat Burkhardt, pensi-

onieren lassen. Als seine Nachfolgerin wurde die langjährige Stellvertreterin, lic. iur. Verena Schmid Lüpke, gewählt. Ausserdem hat der bisherige Leiter der Gruppe Sozialbereich auf 31. Dezember 2016 die Jugendanwaltschaft verlassen, um eine neue Herausforderung anzunehmen. Auch hier übernahm erfreulicherweise ein langjähriger Mitarbeiter die Leitungsfunktion.



Strafbefehlsabteilung

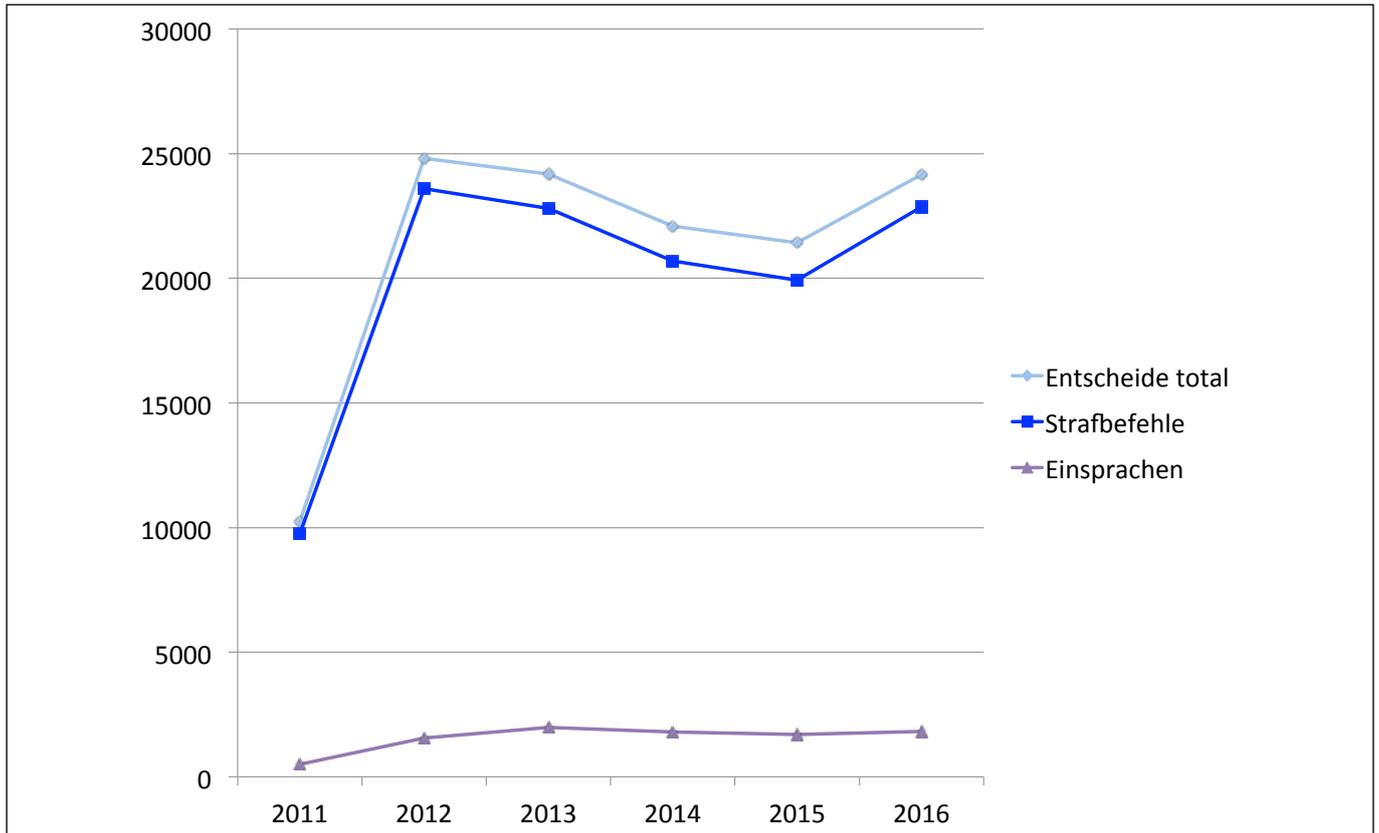
Das im Jahre 2011 geschaffene Strafbefehlsdezernat wurde auf den 1. Juli 2016 neben den vier bisherigen zur fünften Abteilung der Staatsanwaltschaft aufgewertet. Am 1. Januar 2016 nahm der erste Untersuchungsbeamte in der Strafbefehlsabteilung seine Tätigkeit auf.

Die Anzahl Erledigungen konnte im Jahre 2016 erfreulicherweise in allen Bereichen gesteigert werden. So wurden 22'861 (Vorjahr: 19'922) Strafbefehle erlassen und 5 (2) Anklagen erhoben. Von den Strafbefehlen wurden 312 (223) Personen ausgehändigt, während sie sich noch im Freiheitsentzug befanden. Ausserdem wurden 457 (389) Einstellungs- beziehungsweise Nichtanhandnahmeverfügungen erlassen sowie 134 (136) Nachentscheide gefällt. Gegen 1'821 (1'705) Strafbefehle ging eine Einsprache ein. Die Einsprachequote reduzierte sich von 11.7% im Jahre 2015 auf 8.0% in der Berichtsperiode. Im Jahre 2016 wurden nach erhobener Einsprache und allfälligen zusätzlich

durchgeführten Abklärungen 813 (655) Verfahren zur weiteren Beurteilung ans Strafgericht überwiesen, wobei das erstinstanzliche Gericht in rund 57% (42%) der Fälle lediglich über die Gültigkeit der zu meist verspätet eingereichten Einsprache befinden musste. 1'056 (980) der Einspracheverfahren wurden in der Strafbefehlsabteilung nach ergänzender Beurteilung und allenfalls zusätzlich erfolgter Beweisabnahme abgeschlossen.

„Die Einsprachequote reduzierte sich von 11.7% im Jahre 2015 auf 8.0%.“

Jahresstatistik Strafbefehlsabteilung



Stab und Führungsunterstützung

Aus- und Weiterbildung

Im Berichtsjahr konnten den Mitarbeitenden der Staatsanwaltschaft 438 interne und externe Fach- und Kaderausbildungen bei Universitäten, Fachhochschulen und anderen Institutionen in der Schweiz und in Deutschland vermittelt werden. Monatlich fanden für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Weiterbildungen zu verschiedenen fachspezifischen Themen statt. Zudem wurden zehn Aus- und Weiterbildungen sowie Workshops – u.a. in den Bereichen Umsetzung Ausschaffungsinitiative und DNA-Analysen für Juristen – durchgeführt. Mehrere Mitarbeitende von Partnerbehörden konnten eine Stage bei der Kriminalpolizei absolvieren.

Informatik und Mobiltelefonauswertung

Mit dem Einzug in die kantonalen Rechenzentren IWB und EBM (Housing) brachte die Staatsanwaltschaft ihre komplette Serverfarm auf den neusten Stand der Technik. Die neuen PCs und der virtualisierte Desktop erlauben den zuverlässigen Einsatz dieser Technik auch im Alltag am Arbeitsplatz, was der ganzen Staatsanwaltschaft einen Mehrwert bringt.

Mit der neuen KABA-Schliessung konnte auch die Zeiterfassung E3 mit neuen Stempeluhren modernisiert werden. Um den technologischen Fortschritt noch stärker zu nutzen, befinden sich zusätzliche

wichtige Projekte in der Realisierungsphase. Sie betreffen zum Beispiel neue Multifunktions-Arbeitsplatzdrucker, eine Multimedia-Datenbank und die neue Geschäftskontrolle der Staatsanwaltschaft.

Bereich IT-Ermittlung

Im Auftrag der Spielbankenkommission wurden die Mitarbeiter der IT-Ermittlung an einer interkantonalen Aktion tätig, mit der gegen eine Bande vorgegangen wurde, die mutmasslich illegale Spielautomaten in Restaurants betrieben hatte. Die Zusammenarbeit mit Spezialisten aus dem Bezirk des Polizeipräsidiums Freiburg hat auf dem Gebiet des Wissenstransfers eine neue Qualität erreicht. So trafen sich die Fachleute beider Seiten anfänglich zum gegenseitigen Austausch über die vorhandenen Strukturen und Arbeitsweisen.

Die IT-Ermittlung führte im Jahr 2016 den Workshop des Polizeikonkordats Nordwestschweiz für IT-Ermittler durch. Nebst den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Kantonen nahmen auch Spezialisten der Eidgenössischen Zollverwaltung sowie der Deutschen Polizei teil.

Dienststellenbuchhaltung und Kasse

Die Dienststellenbuchhaltung führt das Rechnungswesen der Staatsanwaltschaft. Sie verbucht sämtliche für die Dienststelle relevanten Belege,

IT-Ermittlungen:

Jahr	Anzahl Auswertungen	Datenmenge in Terabyte (TB)
2012	79	48.66 (Ø pro Fall = 0.615 TB)
2013	105 (davon 9 Navi-Geräte)	63.75 (Ø pro Fall = 0.607 TB)
2014	91 (davon 11 Navi-Geräte)	61.36 (Ø pro Fall = 0.674 TB)
2015	80 (davon 9 Navi-Geräte)	78.85 (Ø pro Fall = 0.985 TB)
2016	100 (davon 9 Navi-Geräte)	167.37 (Ø pro Fall = 1.83 TB)



überwacht, verbucht, und verwaltet Kautionen, beschlagnahmte Gelder und Kostendepots. Ausserdem erstellt und überwacht sie das jährliche Budget, erstellt die tertialen Hochrechnungen sowie den Jahresabschluss und kontrolliert Verfahrensakten auf Kosten und Gebühren vor Überweisung an das Strafgericht, respektive im Strafbefehlsverfahren.

Diverse Einzelpositionen sind in Bezug auf die Anzahl, den Umfang und die Komplexität der Straffälle nicht beeinflussbar und dadurch schwer zu budgetieren. Diese Positionen werden als Einzelposten geführt.

Der grosse Teil der Einzelpositionen wird jedoch im Pauschalbereich geführt und ist grösstenteils steuerbar und beeinflussbar. In diesem Bereich schloss die Rechnung unter Budget (+1.42 Mio. CHF) ab.

Medienstelle und Öffentlichkeitsarbeit

Die Medienlandschaft hat sich dahingehend verändert, dass der Boulevardjournalismus einen zusehends grösseren Platz einnimmt. Zudem beeinflussen Leserreporter und Personen, welche sich in den sozialen Netzwerken äussern, sowie Experten, die den Medien ohne Fallkenntnis Auskünfte erteilen, die Medienberichterstattung.

Damit Auskünfte der Staatsanwaltschaft gegenüber der Öffentlichkeit bzw. den Medien belegt werden können, hat es sich sehr bewährt, diese in der Regel schriftlich zu erteilen.

„Die Staatsanwaltschaft brachte ihre komplette Serverfarm auf den neusten Stand der Technik.“



Betriebsergebnis Staatsanwaltschaft vor Abschreibung Verwaltungsvermögen

in 1'000 CHF	Rechnung 2016	Budget 2016	Rechnung 2015
Personalaufwand	-36'924.80	-36'927.00	-35'956.60
Sach- und Betriebsaufwand inkl. Abschreibungen Kleininvestitionen	-20'727.00	-20'381.10	-20'623.20
Transferaufwand (Vollzug jugendstrafrechtlicher Schutzmassnahmen)	-2'605.10	-3'400.00	-2'706.10
Betriebsaufwand	-60'256.90	-60'708.10	-59'285.90
Entgelte	19'914.70	17'406.50	18'618.40
Transferertrag (Beitrag des Bundes an den Staatsschutz)	933.40	823.20	928.40
Betriebsertrag	20'848.20	18'229.70	19'546.80
Betriebsergebnis vor Abschreibung Verwaltungsvermögen	-39'798.70	-42'918.40	-39'832.60

Einzelposten Staatsanwaltschaft

in 1'000 CHF	Rechnung 2016	Budget 2016	Rechnung 2015
Verfahrenskosten (Gutachten, Spurenunter- suchung, Dolmetscherkosten etc.)	-3'201.90	-2'700.00	-3'038.00
Rechtshilfe/ Offizialverteidigung	-643.30	-600.00	-675.50
Strafvollzugskosten	-5'067.40	-5'000.00	-4'738.60
Debitorenverluste	-2'647.60	-4'700.00	-3'232.40
Umwandlung Bussen/Kostenerlasse	-3'901.90	-2'000.00	-3'459.90
Transferaufwand	-2'605.10	-3'400.00	-2'701.40
Entgelte	17'813.30	16'500.00	16'993.40
Total Einzelposten	-253.90	-1900.00	-852.40

Informationen an Medien

	2012	2013	2014	2015	2016
Anzahl Medienmitteilungen	229	268	191	190	216
Anzahl Medieninterviews	273	145	122	107	71



Allgemeine Statistiken

Verfahrenserledigungen Erwachsenenbereich

	2012	2013	2014	2015	2016
Anklagen	400	440	405	325	365
Strafbefehle	26'320	25'100	23'089	21'910	24'350
Einstellungen, Nichtanhandnahmen, Sistierungen	2'770	3'030	2'880	3'070	3'420



Straftaten Basel-Stadt gemäss Strafgesetzbuch: Aufklärung und Vorjahresvergleich

	2015		2016	
	Straftaten	Aufklärung	Straftaten	Aufklärung
Gesamttotal Strafgesetzbuch (StGB)	20'961	34.9 %	21'118	37.0 %
Total gegen Leib und Leben	1'504	81.6 %	1'410	79.4 %
Vollendete Tötungsdelikte (Art. 111-113/116)	1	100 %	0	-
Versuchte Tötungsdelikte (Art. 111-113/116)	12	100 %	8	100 %
Schwere Körperverletzung (Art. 122)	12	83.3 %	43	39.5 %
Einfache Körperverletzung (Art. 123)	496	76.8 %	500	73.8 %
Total gegen das Vermögen	14'931	23.7 %	14'838	25.0 %
Diebstahl ohne Fahrzeuge (Art. 139)	7'380	23.2 %	6'913	26.8 %
- davon Einbruchdiebstahl	1'358	13.9 %	1'339	23.7 %
- davon Entreisssdiebstahl	32	25.0 %	31	16.1 %
Fahrzeugdiebstahl, inkl. SVG Entwendungen	2'767	2.9 %	3'047	2.6 %
Raub (Art. 140)	106	41.5 %	124	45.2 %
Sachbeschädigung ohne Diebstahl (Art. 144)	1'265	24.7 %	1'474	28.2 %
Betrug (Art. 146)	1'150	74.7 %	892	66.6 %
Erpressung (Art. 156)	26	50.0 %	36	36.1 %
Konkurs, Betreibungsdelikte (Art. 163-171)	20	100 %	31	93.5 %
Total gegen Ehre, Geheim, Privatbereich	589	78.4 %	561	76.1 %
Ehrverletzung + Verleumdung (Art. 173 + 174)	130	72.3 %	124	82.3 %
Total gegen die Freiheit	2'650	41.2 %	2'640	48.6 %
Drohung (Art. 180)	628	85.4 %	547	90.9 %
Nötigung (Art. 181)	111	75.7 %	148	90.5 %
Menschenhandel (Art. 182)	15	26.7 %	8	62.5 %
Freiheitsberaubung (Art. 183)	36	83.3 %	50	86.0 %
Hausfriedensbruch ohne Diebstahl (Art. 186)	165	73.3 %	179	74.9 %
Total gegen die sexuelle Integrität	272	66.9 %	393	77.4 %
Sexuelle Handlungen Kind (Art. 187)	25	72.0 %	115	89.6 %
Vergewaltigung (Art. 190)	32	62.5 %	33	57.6 %
Exhibitionismus (Art. 194)	31	71.0 %	11	45.5 %
Pornografie (Art. 197)	28	85.7 %	115	88.7 %
Total gemeingefährliche Verbrechen, Vergehen	20	40.0 %	159	47.8 %
Brandstiftung (Art. 221)	6	16.7 %	76	28.9 %
Total gegen die öffentliche Gewalt	262	96.2 %	414	91.8 %
Gewalt und Drohung gegen Beamte (Art. 285)	130	93.1 %	248	88.7 %
Total gegen die Rechtspflege	87	89.7 %	139	88.5 %
Geldwäscherei (Art. 305bis)	16	87.5 %	54	85.2 %
Übrige Straftaten gegen das StGB	646	72.8 %	564	69.1 %



Redaktion und Gestaltung: comjet sa, Basel
Fotos: Kriminaltechnische Abteilung der Staatsanwaltschaft
Druck: Kostas Druck, Allschwil
Auflage: 500 Exemplare

Mai 2017

Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt

Binningerstrasse 21

4051 Basel

tel. +41 (0)61 267 71 71

www.stawa.bs.ch